

Niederschrift

über die 10. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 10. September 2020 (mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Unterbrechungen:

Anwesenheit: Soll: 43 **Mitglieder der Stadtvertretung**
 Ist: 37 **Mitglieder der Stadtvertretung**
 86,05 %

Entschuldigt fehlten: Ratsfrau **Dr. Balschat** (CDU)
 Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/GRÜNE)
 Ratsherr **Schröder** (DIE LINKE)
 Ratsherr **Stieber** (SPD)
 Ratsherr **Steinführer** (CDU)

Unentschuldigt fehlten:

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin

1 **Eröffnung und Begrüßung**

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 10. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung sowie die anwesenden Gäste.

2 **Einwohnerfragestunde**

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) teilt als Vorsitzender des Tierschutzvereins Neubrandenburg mit, dass laut einer Pressemitteilung, die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg plane, für die Umsetzung der Verwaltungsvorschrift „Fundtiere“, die Hinterste Mühle zu beauftragen und im nächsten Jahr etwa 65.000,00 Euro dafür bereitzustellen. Die Aufgabe wurde bisher durch den Tierschutzverein wahrge-

nommen, dieser möchte das auch weiterhin übernehmen und stellt in diesem Zusammenhang einige Fragen.

Des Weiteren informiert Ratsherr **Kadow**, dass er die Vorlage **VII/406** „Kastration freilebender Katzen“ zurückzieht.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** weist auf die Geschäftsordnung der Stadtvertretung hin und macht Ratsherrn **Kadow** darauf aufmerksam, dass in der Einwohnerfragestunde Themen, die Behandlungsgegenstände der Stadtvertretung sind, nicht anzusprechen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 1. September 2020). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4 Beschluss über die Niederschrift der 9. Sitzung der Stadtvertretung am 25. Juni 2020

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

5 Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VII/404 Informationsvorlage
 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
 und wichtige Angelegenheiten der Stadt
 Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister,

– informiert über die Kommunalen Finanzen. Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern trifft sich am 19. September 2020 mit der Landesregierung und der Ministerpräsidentin sowie den zuständigen Ministerien zu einem Kommunalgipfel.

Die Forderung des StGT sei ein Schutzschirm für Kommunen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wären nicht nur in diesem Haushaltsjahr, sondern langfristig mindestens in den nächsten zwei bis drei Jahren spürbar. Andere Bundesländer haben bereits Mittel an die Kommunen weitergereicht, das sei in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht passiert.

– bezieht sich auf eine wissenschaftliche Studie des Deutschen Städtetages zu den „Corona-Auswirkungen auf die Kommunen“. Diese besagt, dass die Folgen für die kommunalen Haushalte erst in den nächsten Jahren spürbar sein werden, etwa bei den Sozialleistungen, falls es zu Firmeninsolvenzen kommen sollte. Die zweitgrößte Sorge sei, dass in Städten und Gemeinden wesentliche Faktoren des

städtischen Lebens in Gefahr sind, insbesondere Gastronomie, Einzelhandel, Unterhaltung und Kultur. Dafür seien Hilfen nötig.

Die finanziellen Auswirkungen in den unterschiedlichen Bundesländern und vor allen Dingen in den unterschiedlichen Städten variieren sehr. In der Stadt Neubrandenburg sei, Stand heute, mit einem Ausfall der Gewerbesteuer von 6,2 Millionen Euro zu rechnen.

Herr **Witt** sagt, vor dem Hintergrund, dass die Stadt Neubrandenburg 2023 ihre 775-Jahrfeier hat, habe er in der Staatskanzlei nachgefragt, ob es möglich wäre, 2023 den Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Neubrandenburg zu feiern.

Der „Tag der Bundeswehr 2021“ werde, in Zusammenarbeit mit der „Panzergrenadierbrigade 41-Vorpommern“ für das Land Mecklenburg-Vorpommern, am 12. Juni 2021 in Neubrandenburg stattfinden.

Herr **Witt** informiert, dass nach einer 14-täglichen Erfassung der Füllstände der Müllbehälter auf dem Marktplatz, das Ergebnis im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Umwelt vorgestellt werde. Zusätzliche Leerungen wären mit finanziellem Mehraufwand für den kommunalen Haushalt verbunden. Noch wichtiger sei, dass Bewusstsein zu stärken, Einwegverpackungen weitestgehend zu vermeiden und diese nicht zum Alltag gehören sollten.

Ratsherr **Donner** (SPD) thematisiert die Grundschule Süd und spricht die aus seiner Sicht unzureichenden Anforderungen an den Brandschutz an.

Er bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Schulen und/oder Berufsausbildungseinrichtungen in städtischer Trägerschaft entsprechen aktuell nicht den Vorgaben der Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen des Landes M-V in seiner letztgültigen Fassung oder einer anderen zugrundezulegenden Rechtsquelle?
2. Welche Schulen und/oder Berufsausbildungseinrichtungen in städtischer Trägerschaft stehen hinsichtlich des Feuerschutzes unter Bestandsschutz? Seit wann und bis wann besteht der jeweilige Bestandsschutz?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/408** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister bedankt sich für den Appell. Die Stadtvertretung gehe sehr verantwortungsvoll mit Haushaltsmitteln um, insbesondere mit den investiven Mitteln. Sanierungsbedarf bestehe in allen Schulen der Stadt. Dies sei aber nur nacheinander finanziell möglich und erfordere Verständnis der Schulleiterinnen und Schulleiter. Aktuell stehe man vor der Herausforderung, die Regionale Schule Nord zu sanieren.

Es fehle eine Schulbaurichtlinie des Landes. 2018 wurde ein Schulneubau-Programm aufgesetzt, in dem verschiedene Fördertöpfe zusammengefasst wurden. Dabei blieb die Stadt Neubrandenburg unberücksichtigt.

Herr **Schwabe**, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Immobilienmanagement, macht ergänzender Erklärungen zur Entwicklung der Grundschule Süd. In den Jahren 2017 und 2018 wurde ein Erweiterungsbau diskutiert und planerisch vorbereitet. 2019 wurde die Variante Neubau geprüft. Die Aktualisierung der Schülerzahlen 2019 ließ die Variante Erweiterungsbau nicht mehr zu. Der Neubau sei in der Vorbereitung. Die Schule werde derzeit mit Brandschutzgutachtern und der Feuerwehr überprüft, um zu klären, was erforderlich ist bis der Neubau zur Verfügung steht.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) bezieht sich auf Fragen, die hinsichtlich der Maskenpflicht ihn erreicht haben. In einigen Restaurants und Cafés sei zu beobachten, dass das Personal keine Masken trage. Er erkundigt sich nach den Kontrollen in der Stadt und fragt, ob bereits Verstöße festgestellt wurden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, teilt mit, dass die Hygieneregeln in Neubrandenburg gut erfüllt werden und die niedrigen Infektionszahlen das widerspiegeln.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, macht ergänzende Erklärungen zur Maskenpflicht und teilt auf die Frage von Ratsherrn **Kuhnert** mit, dass stichprobenartige Kontrollen stattfinden. Er bittet um Nennung von konkreten Hinweisen, damit den Verstößen nachgegangen werden kann.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) fragt zum aktuellen Stand des Gesamtkonzepts Wassersportzentrum.

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/409** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ihr zweites Anliegen betrifft ihre Anfrage (VII/313) an die Verwaltung zu Rechtsstreitigkeiten der Stadt Neubrandenburg, sie bittet zeitnah um eine Antwort.

Die dritte Sachlage betrifft einen Text der Ostseezeitung. In einer Studie zur Familienfreundlichkeit sei Neubrandenburg auf Platz 518 von 585 untersuchten Kommunen gelandet. Ratsfrau **Dr. Kuhk** stellt den Zeitungsartikel dem Oberbürgermeister zur Verfügung und bittet die Verwaltung, den Grund für die schlechte Platzierung zu recherchieren.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, merkt an, dass eine Bewertung, ohne den genauen Untersuchungsgegenstand zu kennen, schwierig sei. Zudem wären Neustrelitz auf Platz 566 sowie Waren auf Platz 545 und somit die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg im Kreis noch führend.

Herr **Meyer zu Schlochtern**, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, informiert, dass die Beantwortung der Anfrage zu Rechtsstreitigkeiten nahezu fertig ist und sie zeitnah eine Antwort erhält.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) stellt eine Anfrage zu der Haushaltsplanung sowie der Haushaltssperre. Die Zuwendung für die Wohlfahrtspflege, die Planungssumme sei grob 130.000,00 Euro, wurde bisher nur zu 10 % ausgegeben. Die Vereine bekommen nur Mittel, wenn sie erklären, dass sie von Insolvenz bedroht sind. Das irritiert Ratsfrau **Muth** sehr. Sie möchte wissen, wie das die nächsten Monate weitergeht.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, antwortet, dass die Kommunalverfassung eine hauswirtschaftliche Sperre für den Moment vorsehe, in dem die erwarteten Einzahlungen nicht in den Größenordnungen kommen oder eben die Auszahlungen erhöht sind. Wie in der vorläufigen Haushaltsführung müssen die Vereine leider diesen Weg gehen, um aufzuzeigen, dass dieses Geld gebraucht wird. Er verspricht, dass Vereine nicht erst von Insolvenz bedroht sein müssen, damit sie diese Mittel bekommen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) fragt, ob sie den Oberbürgermeister richtig verstanden hat, dass zukünftig, im Oktober, November und Dezember, also in den nächsten 3 Monaten, nicht mehr ausschlaggebend ist, dass die Vereine von Insolvenz bedroht sind und ihre Mittel bekommen, die im Rahmen der Wohlfahrtspflege geplant waren.

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Muth** erklärt Herr **Witt**, dass die entsprechende Abteilung die finanzielle Situation eines Vereins mithilfe von Gesprächen, Kontoauszügen, Verträgen und Liquiditätsflüssen bewerte. Ziel sei es, dass die Vereine nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

Ratsfrau **Muth**, erachtet es für nicht richtig, dass Vereine erst hoch bedroht sein müssen, um die geplanten Mittel zu erhalten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bietet an, das Thema sowohl im Kulturausschuss, als auch im Ausschuss Generation, Bildung und Sport näher darzustellen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) stimmt dem Vorschlag von Herrn **Witt** zu.

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wann die Fördermittel für die Stelle des Klimamanagers beantragt worden sind.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) spricht sich ebenfalls für eine schnelle Lösung zur Verbesserung des Brandschutzes an der Grundschule Süd aus. Eine Brandschutztreppe sei dringend nötig.

Des Weiterhin bezieht er sich auf den Warntag und fragt, ob die Stadt Neubrandenburg bereits vom Kreis einen Plan über die zu montierenden Sirenen erhalten hat.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, teilt mit, dass ein Brandschutzprüfer noch einmal das Gebäude Grundschule Süd begutachtet, um gemeinsam mit der Feuerwehr Lösungsmöglichkeiten zu eruieren. Es habe bereits zahlreiche Gespräche, auch mit dem Kreis, zur Situation der Grundschule Süd gegeben. Als Standort werde der Weidenweg favorisiert. Gleichzeitig warte man auf das Gutachten zur Schwimmhalle, um Standortentscheidungen für den Schulneubau zu treffen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, geht auf das Thema „Warntag“ ein. Die Zuständigkeit für die Sirenen liege eindeutig beim Kreis. Auch die digitalen Reklametafeln könnten genutzt werden. Eine Warnapp reicht aus seiner Sicht nicht aus, ebenso wenig das Radio. Über den aktuellen Sachstand wird informiert.

Ratsherr **Gille** (SPD) ist von Anwohnern der Grünen Straße angesprochen worden, dass in der Straße Am Unterbach ein Schild aufgestellt wurde, welches das Betreten und Befahren des Privatweges für Nichtberechtigte verbietet. Im B-Plan 116 sei die Vorgabe enthalten, dass die neu gebaute Straße das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Versorgungsbetriebe und der Öffentlichkeit behält. Auch in den Stichstraßen zur Rostocker Straße 14 bis 14 c und 16 bis 16 c findet sich schon längere Zeit die o. g. Beschilderung.

Daher stellt er folgende Frage: Ist die Aufstellung der Beschilderungen rechtmäßig und von der Stadt genehmigt worden?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/410** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Des Weiteren erkundigt sich Ratsherr **Gille** nach dem aktuellen Stand „Fontanehof“.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, kündigt diesbezüglich für die Stadtvertretersitzung am 22. Oktober 2020 eine Informationsvorlage an.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele geflüchtete Personen wurden nach dem Beschluss 673/37/19, „Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmehr aufrechterhalten“ vom 07.02.2019 sowie dem Beschluss 156/09/20 „Aufnahme von Minderjährigen aus griechischen Flüchtlingslagern“ vom 25. Juni 2020 aufgenommen?

2. Können die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Infektionen in den Stadtbussen umgesetzt werden?

2.1. Wenn nein, welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine verantwortungsvolle Beförderung aller Busfahrenden unter den Abstandsregeln gewährleisten zu können?

2.2. Was wird gegen die Überlastung der Stadtbusse im Zeitraum von 6:15 Uhr bis 9:00 Uhr und von 12:40 Uhr bis 16:00 Uhr unternommen?

3. Nach Angaben des Nordkuriers hat die Stadt hohe Bußgeldeinnahmen erzielt. Weshalb und warum wurden mehr Einnahmen erzielt? Bitte auflisten. Und um welche Ordnungswidrigkeiten handelt es sich?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/411** und wird (außer Frage 1) durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, antwortet auf Frage 1, dass bisher keine Geflüchteten aufgenommen wurden. Der Landkreis ist die zuständige Behörde, das Bundesinnenministerium entscheidet, wie der Verteilschlüssel ist. Das sei zu bedauern, weil man gerade jetzt natürlich flexibel helfen könnte.

16:10 Uhr: Ratsherr Bromberger (CDU) betritt den Saal. Es sind 38 von 43 Stadtvertretern anwesend.

Ratsherr **Messner** (CDU) freut sich, dass derzeit ein Zirkus in Neubrandenburg gastiert. Ihm ist aufgefallen, dass die Plakatierung dafür u. a. auch an Zäunen von privaten Eigentümern erfolgt.

Er bittet um Beantwortung folgender Frage:

Gibt es seitens der Verwaltung Vorgaben an Veranstalter, wo plakatiert werden darf?

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/412** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Außerdem erkundigt sich Ratsherr **Messner** nach dem geplanten Termin für die Begehung am Brodader Strand zur Standortsuche für einen Campingplatz. Er fragt, ob auch lokale Campingplatzbetreiber aus der Region, zum Beispiel aus Thomsdorf, vom Havelland Campingplatz oder aus der Warener Ecke mit eingeladen seien.

Des Weiteren fragt Ratsherr **Messner**, ob an der Neustrelitzer Straße nur das Hochhaus-Embleme oder auch die Kaufhalle sowie die Kindereinrichtung zum Denkmalbereich gehören.

Zudem kritisiert er die Unternehmensbefragung und schlägt stattdessen eine temporäre Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes für die nächsten zwei bis drei Jahre vor.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, teilt mit, dass der Caravanplatz am Tollensesee sehr nachgefragt sei und eine Erweiterung sinnvoll erscheint. Für einen möglichen Campingplatz sei ein Termin zur Fachexpertise erforderlich.

Herr **Witt** bestätigt, dass an der Neustrelitzer Straße das Hochhaus-Ensemble mit den 15 Hochhäusern und der Kita sowie die Verkaufsstelle zum Denkmalbereich gehören. Thematisiert wurden die von der Neuwoba geplanten Sanierungsmaßnahmen im gestrigen Abstimmungsgespräch mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege.

Zum letzten Beitrag von Ratsherrn **Messner** teilt Herr **Witt** mit, dass die Unternehmensbefragung die

derzeitige Situation in den Unternehmen darstellen soll. Die Frage der Höhe der Gewerbesteuer sei natürlich eine Frage, die sich sehr schnell stellt. Unter den sechs großen Städten, Schwerin, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg, sei die Vier-Tore-Stadt auf Platz 5, habe also mit 440 den fünftniedrigsten Hebesatz. Neubrandenburg habe eine Haushaltskonsolidierungsvereinbarung zu erfüllen. In diesem Vertrag sei enthalten, man müsse alles dafür tun, Einnahmen zu generieren. Die Gewerbesteuern zu senken, müsse erst mit dem Land besprochen werden. Außerdem seien die langfristigen Wirkungen entscheidend. Bund, Länder und Kommunen müssen investieren. Die Stadt Neubrandenburg erfülle ihre Aufgaben sehr gut und habe ein hohes Investitionsvolumen, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) fragt nach den aktuellen Entwicklungen für das Kaufhofgebäude.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert über die Beräumung des Gebäudes zum 31. Oktober 2020. Die Wirtschaftsförderung stehe in engem Kontakt mit dem Eigentümer sowie den potenziellen Mietern. Über den aktuellen Sachstand wird informiert.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) spricht den Ungezieferbefall im Weidegang 7 (Gebäude der NEUWOGES) an. Sie möchte wissen, wie die Ungezieferbekämpfung erfolgt und wie dort mit den Mietern umgegangen wird.

Die Anfrage erhält die Drucksachen-Nummer **VII/413** und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Lange** (SPD) führt zum Thema Denkmal am Treptower Tor Platz aus.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** weist Ratsherrn **Lange** darauf hin, dass er seinen Beitrag ausführt, wenn die Tagesordnung die Behandlung der entsprechenden Vorlage vorsieht.

Ratsherr **Wieland** (DIE LINKE) lobt die Wirtschaftsumfrage und regt an, auch die städtischen Unternehmen einzubeziehen. Er wünscht sich weiterhin schnell eine Lösung zum Problem Straßenausbaubeiträge.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob bezüglich der Raubkatzen aus Zirkusbetrieben ein Sicherheitskonzept vorliegt.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, verweist auf das Veterinäramt des Kreises. und schlägt vor, die Antwort zur Verfahrensweise im Ausschuss vorzutragen.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, schließt Punkt 6.

7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Ratsherr **Kadow**, (fraktionslos), teilt mit, dass er die Drucksache VII/406 (TOP 3) zurückzieht.

Für den TOP 28 (Drucksache VII/339) wird Mitwirkungsverbot für Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE), Ratsherrn **Gille** (SPD), Ratsherrn **Mieth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE), Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE), Ratsherrn **Schnell** (AfD), Ratsherrn **Schwanke** (CDU) und Ratsherrn **Stieber** (SPD) sowie für den TOP 31 (Drucksache VII/342) für Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU), Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** (SPD) und Ratsherrn **Gesswein** (CDU) festgestellt.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE), meldet Mitwirkungsverbot für die Drucksachen VII/319 und VII/320

(TOP 5 und TOP 6) sowie für die Drucksachen VII/356 und VII/357 (TOP 11 und TOP 12) an.

Der Stadtpräsident schlägt vor, die Drucksachen VII/319 und VII/320 (TOP 5 und TOP 6), VII/335 und VII/336 (TOP 7 und TOP 8), VII/355 und VII/362 (TOP 9 und TOP 10), VII/356 und VII/357 (TOP 11 und TOP 12), VII/359 und VII/363 (TOP 14 und TOP 15) sowie VII/360 und VII/364 (TOP 16 und TOP 17) in **verbundener Aussprache** zu behandeln.

Zur Drucksache VII/273 (TOP 19) liegen Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE (Änderungsantrag Nr. 1) und der Fraktion B90/DIE GRÜNEN (Änderungsantrag Nr. 2) vor. Des Weiteren liegt für die Drucksache VII/367 (TOP 20) ein Änderungsantrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vor.

Rederechte

Für Fragen der Mitglieder der Stadtvertretung stehen zu den Drucksachen VII/337 (TOP 26) Frau Schirmberg, VII/338 (TOP 27) Herr Meyer und Herr Karn sowie VII/340 (TOP 29) Herr Karn zur Verfügung.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister teilt mit, dass er die Drucksache VII/317 (TOP 4) zurückzieht.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** schlägt vor, nach dem TOP 23 eine 10-minütige Pause einzulegen.

Abstimmung Pause: Der Pause wird mehrheitlich zugestimmt.

Zur Drucksache **VII/367** liegt ein Änderungsantrag der Faktion SPD vor.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1	VII/399	Änderung des Beschlusses 21/02/19 Besetzung der Verbandsversammlung – Sparkassenzweckverband der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin Einreicher: DIE LINKE
--------------	----------------	--

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 182/10/20

TOP 2	VII/405	Interessenbekundungsverfahren zur Unterbringung von obdachlosen Personen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Einreicher: DIE LINKE
--------------	----------------	---

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) weist auf die Zustände im Obdachlosenhaus hin und macht auf den Sanierungsbedarf aufmerksam. Im Ergebnis seien die angestrebten 26 Plätze zu wenig. Die Fraktion plädiert für 32 Plätze.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, erinnert an die Aufgabe des Obdachlosenheims. Es solle nicht regulären Wohnraum ersetzen, sondern Zwischenlösung zur Überbrückung sein. Die Zahl 26 basiere auf Erfahrungen, erklärt sich aber zu einer Überarbeitung der Ausschreibung bereit.

Ratsherr **Schnell** (AfD) begrüßt das Engagement der Verwaltung für Obdachlose.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) begrüßt den Vorschlag von Herrn **Modemann**.

Die Vorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

TOP 3 **VII/406** Kastration freilebender Katzen
Einreicher: Ratsherr Kadow

Die Vorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

TOP 4 **VII/317** Treptower Tor Platz hier: Errichtung Kunstwerk
„Sitzstein der Wünsche“
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Vorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) verlässt den Saal.

Die Tagesordnungspunkte **5** und **6** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

TOP 5 **VII/319** 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neu-
brandenburg; Teilfläche „Weitin, Stavenhagener Straße Nord“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: 183/10/20

TOP 6 **VII/320** 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neu-
brandenburg,
Teilfläche „Weitin, Stavenhagener Straße Nord“
hier: Feststellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.
Beschlusnummer: 184/10/20

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) betritt wieder den Saal.

Die Tagesordnungspunkte **7** und **8** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

TOP 7 **VII/335** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 50 „Photovoltaikanlage Am
Datzeberg“
hier: Einleitungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) fragt nach den Pachteinahmen bzgl. dieser Fläche. Des Weiteren fragt er, ob mit den Stadtwerken Gespräche zur Durchführung dieser Solaranlage als Investition stattfand.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, gibt an, die Frage im nicht öffentlichen Teil zu beantworten.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 185/10/20

- TOP 8** **VII/336** 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neu-brandenburg, Teilfläche „Photovoltaikanlage Am Datzeberg“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 186/10/20

Die Tagesordnungspunkte **9** und **10** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 9** **VII/355** Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 187/10/20

- TOP 10** **VII/362** Bebauungsplan Nr. 121 „Einzelhandel Burgholzstraße“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: 188/10/20

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) verlässt den Saal.

Die Tagesordnungspunkte **11** und **12** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 11** **VII/356** Bebauungsplan Nr. 128 „Weitin Hollerbusch“
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 189/10/20

- TOP 12** **VII/357** 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neu-brandenburg, Teilfläche „Weitin Hollerbusch“
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 190/10/20

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) betritt wieder den Saal.

- TOP 13** **VII/358** Bebauungsplan Nr. 71 „Markscheiderweg“
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 191/10/20

Die Tagesordnungspunkte **14** und **15** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 14** **VII/359** Bebauungsplan Nr. 112 „Gewerbegebiet Woldegker/Kruseschofer Straße“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 192/10/20

- TOP 15** **VII/363** Bebauungsplan Nr. 112 „Gewerbegebiet – Kreuzung Woldegker/Kruseschofer Straße“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: 193/10/20

Die Tagesordnungspunkte **16** und **17** werden in **verbundener Aussprache** behandelt.

- TOP 16** **VII/360** Bebauungsplan Nr. 118 „Einzelhandel Oststadt“
hier: Abwägungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 194/10/20

- TOP 17** **VII/364** Bebauungsplan Nr. 118 „Einzelhandel Oststadt“
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: 195/10/20

- TOP 18** **VII/390** Aufhebung der Befristung des „Fahr-Rates“, Umbenennung in „Mobilitätsrat“ sowie Angliederung an den Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) bittet die Verwaltung, eine Mitgliedschaft Neubrandenburgs in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrrad- und Fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns“ zu prüfen und bis zur nächsten Stadtvertretersitzung eine Vorlage zu erarbeiten, in welcher der Beschluss zum Beitrag als auch die Finanzierungsmöglichkeiten dargelegt und geprüft werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) freut sich, dass die Vorlage auf den Weg gebracht wurde. Radfahren sei auch Konflikt behaftet und mitunter der Grund, warum es den Fahr-Rat in dieser Form, unter diesem Namen gibt. Radfahren müsse einen Platz finden zwischen den Interessen und den Fußgehenden und dem Autoverkehr. Hierfür werde derzeit ein Radverkehrskonzept erstellt und sei eines der Themen, die im „Fahr-Rat“ behandelt werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, nimmt den Hinweis gerne mit auf und schlägt vor, die Vorlage bis zur nächsten Stadtvertretersitzung vorzubereiten, jedoch durch den Gremiendurchlauf es sein könne, dass

die Vorlage erst für die Stadtvertretersitzung im Dezember bereitsteht.

Herr **Renner**, Leiter Fachbereich 2, teilt mit, dass leider bei der Erstellung der Vorlage ein Fehler unterlaufen ist. Es wurde unter finanziellen Auswirkungen der Fahr-Rat als beratender Ausschuss definiert. Nach §36 Kommunalverfassung handelt es sich jedoch um ein beratendes Gremium.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) hält die Zuordnung zur Umwelt für zu eng gegriffen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 196/10/20

TOP 19 **VII/273** Kommunales Sicherheitskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, macht eine Einführung zum erstellten Konzept und erachtet es als eine gute Arbeitsgrundlage, insbesondere auch im Land, weil die Bürgerschaft intensiv beteiligt wurde. Die Corona-Pandemie habe eine Beteiligung von Schulen verhindert. Wichtig sei, dass weiter eine breite Diskussion geführt wird.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) kündigt an, dem Konzept in der vorliegenden Fassung nicht zuzustimmen. Er wünscht sich eine konkrete Ausformung. Das Thema Prävention komme zu kurz.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bedankt sich bei der Verwaltung, die sich mit der Beauftragung und Durchführung einer kriminologischen Regionalanalyse im Stadtgebiet nicht nur viel Arbeit gemacht, sondern auch eine fundierte Datenlage verschafft habe, auf deren Grundlage die Erarbeitung eines kommunalen Sicherheitskonzeptes nun mehr in der vorliegenden Qualität möglich wurde. Das Sicherheitskonzept sei kein Präventions- und kein Jugendhilfekonzept, sondern ein Werkzeugkasten, mit dem man ein Projekt stricken kann.

Ihre Fraktion begrüßt die Beachtung der Radfahrenden und stimmt dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vollumfänglich zu.

In den Präventionsrat solle für die Stadtvertretung Neubrandenburg der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung entsandt werden und schlägt weitere Änderungen im Konzept vor. Insofern bittet sie die Fraktion DIE LINKE, zu den Änderungswünschen der Fraktion der CDU, Stellung zu nehmen. Davon wird abhängen, ob die Fraktion der CDU dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen kann oder nicht.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) begrüßt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kritisch sieht er hingegen die Videoüberwachung. Beim Thema Übersetzung von Veröffentlichungen in mehrere Sprachen bittet er um Prüfung der Kosten.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet, dass es unterschiedliche Ansichten gibt, ob das Konzept ein reines Sicherheitskonzept oder auch ein Präventionskonzept sein soll. Daher müsse noch einmal in den Ausschüssen diskutiert werden.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** fragt, ob Ratsherr **Dr. Kirchhefer** beantragt, dass das Sicherheitskonzept noch einmal in die Ausschüsse verwiesen wird.

Ratsherr **Gille** (SPD) gibt Ratsfrau **Dr. Kuhk** den Hinweis, dass es hinsichtlich der Graffitiwände auch Gegenstimmen gebe.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD), spricht sich für eine Diskussion in den Ausschüssen aus, um zu klären, wieviel Prävention einfließen soll.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erklärt noch einmal den Werdegang des Sicherheitskonzeptes, inklusive der Dunkelfeldanalyse. Man habe keine dramatische Situation der Unsicherheit in der Stadt. Es gebe durchaus bereits Präventionsangebote, die auch gefördert werden, zum Beispiel im Sportbereich.

Herr **Modemann** hinterfragt die vorgeschlagene Übersetzung von Veröffentlichungen in verschiedene Sprachen. Konkrete Maßnahmen sollten aus seiner Sicht nicht in das Sicherheitskonzept aufgenommen werden, damit es nicht ausufert. Grundsätzlich habe Prävention einen wichtigen Platz darin.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) erklärt, die Fraktion DIE LINKE unterstütze den Antrag von Rats Herrn **Dr. Kirchhefer**, das Sicherheitskonzept in die Ausschüsse zurückzuverweisen.

Stadtpräsident, Rats Herr **Stegemann** sagt, dass wenn er das jetzt in Wertung aller Äußerungen betrachtet, ist der Antrag, den Rats Herr **Dr. Kirchhefer** gestellt hat, der am weitest gehende und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag von Rats Herrn **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde mit 19 Dafürstimmten, 15 Gegenstimmten und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Drucksache wird einschließlich der Änderungsanträge laut Beratungsfolge zurück in die Gremien verwiesen.

TOP 20 **VII/367** Erhöhung der Sicherheit durch Verstärkung der Präsenz des Ordnungsamtes im Stadtgebiet
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schlägt vor, auch diese Vorlage in eine weitere Beratungsrunde in die Gremien zu verweisen.

Vor allem mit den Jugendlichen der Stadt müsse mehr kommuniziert werden, das fehlt nicht nur im Sicherheitskonzept, sondern auch in dieser Vorlage.

Rats Herr **Albrecht** (SPD) unterstützt aufgrund der aktuellen Diskussion und des Beschlusses von eben, die Vorlage zurück in die Gremien zu verweisen.

Rats Herr **Wieland** (DIE LINKE) stimmt Rats Frau **Wegner** zu.

Rats Herr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) betrachtet die Diskussion für notwendig und richtig. Es gebe ein Sicherheitsbedürfnis von Menschen. Diese Erhebung stelle vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl älterer Menschen dar und eben nicht das Lebensgefühl der jungen Menschen. Rats Herr **Prof. Dr. Northoff** sowie die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, setzen sich dafür ein, dass es auch in Neubrandenburg mehr Straßensozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter gibt. Seines Erachtens, sollten die Stellen, die für das Ordnungsamt vorgesehen sind, mit Straßensozialarbeitern mit Hochschulausbildung besetzt werden, auch wenn der Kreis für Jugendarbeit zuständig ist.

Rats Herr **Prof. Dr. Northoff** glaubt nicht, dass alle Neubrandenburger Bürgerinnen und Bürger darüber glücklich seien, dass der ruhende Verkehr verstärkt überwacht werde.

Rats Herr **Giermann** (CDU), sagt das ihn der Redebeitrag von Rats Herr **Prof. Dr. Northoff** ein wenig erschüttert. Er glaubt, dass nur die Wenigsten Kontakt zur mobilen Jugendsozialarbeit hatten, sondern Präventionsarbeit, so wie der Oberbürgermeister bereits erwähnte, in Sportvereinen, durch die Schule, durch den Sozialkundelehrer oder das Jugendcafé beim Rollkollektiv erleben. Präventionsarbeit lasse sich nicht durch Stellen ausdrücken. Rats Herr **Prof. Dr. Northoff** vermischt aus seiner Sicht Sachver-

halte. Wenn die Vorlage zu neuen Stellen im Ordnungsamt formuliert ist, dann sollte nicht über Jugendsozialarbeit geredet werden.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) teilt mit, dass angesichts der anstehenden Diskussion zum Haushalt, die fünf zusätzlichen Stellen noch einmal in den Ausschüssen beraten werden sollten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, ruft zu einer sachlichen Diskussion auf. Die Corona-Pandemie habe für mehr Aufgaben des Ordnungsamtes gesorgt. Für Kinder und Jugendliche biete die Stadt sehr viel, eine Musikschule, 70 Sportvereine, den TONI e. V., Caribuni und vieles mehr. Prävention werde nicht vernachlässigt.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) stimmt Ratsherrn **Giermann** zu. Es ginge hier um eine rein haushälterische Entscheidung, die seit Jahren im Raum steht, um Planstellen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) liest Ratsherrn **Giermann** die Begründung aus dem Antrag vor. Dort steht „Vermehrte Kontrolle von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, Müll auf Straßen- und Grünanlagen, defekte Straßenlaternen, Hundekot, Einschreiten gegen Falschparker und Fahrzeugführer“. Das subjektive Sicherheitsgefühl bezogen auf Vandalismus, Graffiti sowie Jugendliche und Ausländer werde nicht aufgegriffen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bezieht sich auf die zwei Vorlagen. Mit der einen Vorlage soll das Ordnungsamt verstärkt, mit der zweiten die präventiven Maßnahmen. Letzteres sei nicht richtig gelungen und wurde daher zurückgezogen. Jetzt werde über eine Vorlage geredet, zu der eigentlich Konsens besteht. Er bittet um Vertrauen, dass die Verwaltung eine präventive Vorlage vorlegt. In dieser Vorlage ginge es rein um einen Stellenaufwuchs. Alles andere werde im Sicherheitskonzept und der kommenden Präventionsvorlage diskutiert.

Ratsherr **Messner** (CDU) unterstützt Ratsherrn **Giermann** und den Oberbürgermeister.

Ratsherrn **Albrecht** (SPD) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt das Ende der Aussprache.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** gibt an, dass noch zwei Wortmeldungen vorliegen und diese nach der Geschäftsordnung abgearbeitet werden.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) hofft, dass mit einer größeren Besetzung im Ordnungsamt auch in der ganzen Stadt mehr kontrolliert werden kann. Es brauche mehr Rücksicht auf Jugendliche auch wegen der coronabedingten Einschränkungen, was natürlich Sachbeschädigungen, andere Straftaten oder Delikte nicht rechtfertigt.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, merkt an, dass die Arbeit des Ordnungsamtes Pflichtaufgabe sei. Zur Jugendarbeit müsse der Landkreis einbezogen werden.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass mittlerweile drei Änderungsanträge eingereicht wurden. Er stellt den weitestgehenden Änderungsantrag 3, die Rückverweisung der Drucksache in die Ausschüsse, den Ratsfrau **Wegner** von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier mündlich vorgetragen hat, zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 3 wird mit 19 Dafürstimmen, 16 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Damit ist diesem Änderungsantrag stattgegeben und eine Abstimmung über die anderen Änderungsanträge erübrigt sich somit.

TOP 21 **VII/321** Informationsvorlage
Beteiligungsbericht der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2018
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

TOP 22 **VII/304** Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung der Frau Adelheid Sandhof durch die Stadtvertretung – 46 Kunstwerke für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 197/10/20

Ratsfrau **Dr. Kuhk** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt eine Neuzählung für die Vorlage VII/367 (TOP 20). Grund dafür sei, dass die Summe der abgegebenen Stimmen, nicht mit den anwesenden Stadtvertretern übereinstimmt. Damit die Mehrheit eindeutig dargestellt werden kann, stellt der Stadtpräsident diese Drucksache nochmals zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 3 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE) wird mit 14 Dafürstimmen, 15 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** merkt an, dass Ratsfrau **Wegner**, bei Ablehnung des Änderungsantrages Nr. 3, die Vorlage in die Gremien zurück zu verweisen, den Änderungsantrag Nr. 1 aufrecht erhält.

Der Stadtpräsident ruft auf, bei den Abstimmungen die Karten deutlich zu zeigen. Herr **Meyer zu Schlochtern**, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, stellt den rechtlichen Sachverhalt dar und erklärt, dass die Geschäftsordnung diesen Vorfall nicht vorsieht, ebenso die Hauptsatzung nicht. Im folgende dessen müsse man in die Kommunalverfassung blicken, § 29 Abs. 1, der letzte Satz. Demnach leite der Vorsitzende der Stadtvertretung, in diesem Falle der Stadtpräsident, die Sitzung und sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Wenn ein Beschluss unter einer evidenten Unrichtigkeit leide und eine rechtliche Überprüfung des Beschlusses zur Nichtigkeit desselben führe, weil einfach ein Zählergebnis herauskommt, dass rein mathematisch nicht sein kann, dann obliege es dem Stadtpräsidenten, diese Abstimmung zu wiederholen. Der Beschluss leide unter einer evidenten Unrichtigkeit, wenn mehr Stimmen gezählt werden, als stimmberechtigte Mitglieder der Stadtvertretung anwesend sind.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) erklärt, dass er 19 „JA“ Karten gezählt hat.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** (CDU) führt die Sitzung fort und stellt den Änderungsantrag Nr. 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE) zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 14 Dafürstimmen, 14 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Stadtpräsident stellt den Änderungsantrag Nr. 2 von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** (SPD) zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, schlägt vor, die anwesenden Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter bei einer Abstimmung zu Protokoll geben, um einen aktuellen Stand der Anwesenden im Saal zu erhalten.

Der Stadtpräsident stellt die Vorlage ohne Änderungsanträge zur Abstimmung.

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** zählt 23 Dafürstimmen und 5 Enthaltungen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird ohne Änderungsanträge mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 198/10/20

TOP 23 **VII/305** Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung des Freundeskreises der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung – 4 Kunstwerke für den Bestand der Kunstsammlung
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: 199/10/20

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 19:50 Uhr geschlossen.

gez. Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez. Aylin Graubmann
Protokollantin